

Gerade noch rechtzeitig vor Ablauf der vom Unterhaus gesetzten Frist hat die britische Regierung am Mittwochabend interne Dokumente zu den Vorbereitungen für den Fall eines No-Deal-Brexit (Codename „Operation Yellowhammer“) veröffentlicht. Es handelt sich dabei um ein Papier, das in seinem wesentlichen Inhalt bereits bekannt ist, weil es im August der Redaktion der „Sunday Times“ zugespielt worden war. Die damalige Empfängerin, die Journalistin Rosamund Urwin, erklärte zu den nun veröffentlichten Unterlagen, die Regierung habe die Überschrift verändert. Statt "Grundlegendes Szenario" heißt es nun "Planungsannahmen für den schlimmsten Fall".

In dem sechsseitigen Dokument wird unter anderem vor Protesten und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewarnt, die eine "erhebliche Menge" der Polizeikräfte in Anspruch nehmen würden. Außerdem könne es wegen langer Wartezeiten am Ärmelkanal zu Lieferengpässen bei Medikamenten kommen. In der Folge könnten Krankheiten bei Tieren ausbrechen, die auch die menschliche Gesundheit beeinträchtigen könnten. Auch bestimmte Lebensmittel könnten dem Dokument zufolge knapp werden, verschlimmert durch Hamsterkäufe. In Teilen des Landes könnte es auch zu Kraftstoffengpässen kommen.

Mit den Veröffentlichungen bleibt die Regierung weit hinter den Forderungen des Parlaments zurück. Die Abgeordneten hatten am Montag, kurz vor dem Beginn einer von Johnson durchgesetzten Zwangspause des Parlaments, die Herausgabe sämtlicher Dokumente der No-Deal-Planungen verlangt. Zudem forderten sie Einblick in die gesamte interne Korrespondenz, inklusive der Emails und Kurznachrichten wichtiger Regierungsmitarbeiter und Berater, und zwar auch zur Zwangspause des Unterhauses. Staatsminister Michael Gove wies das jedoch als "unangemessen und unverhältnismäßig" zurück. Die Regierung müsse die Privatsphäre ihrer Mitarbeiter schützen. Im Übrigen sei das Papier zum Fall „Yellowhammer“ lediglich eine Planungsgrundlage, die noch überarbeitet werde.

Die für die kommende Woche angesetzte Verhandlung des Supreme Court über die von mehreren Klägern bestrittene Rechtmäßigkeit der parlamentarischen Zwangspause könnte sich für die Regierung Johnson als sehr gefährliche Klippe erweisen. Die Kläger verlangen nicht nur die Feststellung, dass diese „Prorogation“ illegal und damit nichtig sei, sondern sie begehren auch die „Wiederherstellung des vorigen Zustands“, also die Aufhebung der Zwangspause und die sofortige Einberufung des Unterhauses. Die Richter des Supreme Court werden sich auch mit der für Premierminister Boris Johnson persönlich brisanten Frage befassen, ob der Regierungschef die Queen über Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Zwangspause wissentlich getäuscht hat, als er ihr das entsprechende Regierungsdokument zur Unterschrift vorlegte.